



# NEUE GEMEINDE

info

[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)



**Jobs sichern! Voller Einsatz für die regionale Vergabe von Bauaufträgen!**

Seiten 2 und 4

## ÖVP-Blockade schadet:

Trummer: „Prüfung der Kommunen durch den LRH ist ein Gebot der Stunde“

Seite 3

## Akademie Burgenland:

Startschuss für moderne Aus- und Weiterbildung im öffentlichen und landesnahen Bereich

Seite 6

**Vorbildlich:** Zillingtal erhielt das Prädikat „familienfreundliche Gemeinde“ für seine sozialen Projekte verliehen

Seite 12

## Vorwort !



*Mag. Herbert Marhold*

Mag. Herbert Marhold  
Landesgeschäftsführer

### Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!

Ich kann die Aufregung über die Diskussion, in welchem Ausmaß die Erlöse der Frequenz-Versteigerung in den Ausbau der Breitband-Netze fließen sollen, gut verstehen. Die „alte“ Regierung hat mehrfach zugesagt, dass die Hälfte der Erlöse in den Ausbau des Breitbandinternets fließen soll. Bei der Auktion wurden 2 Milliarden Euro lukriert, die Hälfte davon sollte, so die Zusage, in den Ausbau leistungsfähiger Datennetze fließen. In der Tat ist – und das hat auch im Burgenland hohe Priorität – für den ländlichen Raum die Versorgung mit hochfrequenten Breitbandnetzen eine absolute Überlebensfrage, da diese Entwicklung stark mit Wirtschaftswachstum, effizienter Verwaltung und damit mit dem Thema Abwanderung und Arbeitsplätze im ländlichen Raum zusammenhängt.

Was wir brauchen ist eine faire Chance der strukturschwachen Regionen im Vergleich zu den Ballungsräumen. Denn: Abgestimmt wird immer mit den Füßen! Abwanderung hängt sehr stark mit leichtem Zugang zu Infrastruktur zusammen. Das Burgenland ist gemäß der Rundfunk- und Telekom-Regulierungsbehörde (RTR) gut mit Breitband-Netzen ausgestattet. Dennoch gibt es, insbesondere im Mittel- und im Südburgenland, noch viele „weiße Flecken“ auf der Landkarte. Der weitere, beschleunigte Ausbau der Infrastruktur war das Ziel der Breitbandinitiative „Breitband Austria 2013“. Würde man die Gesamtkosten für einen Vollausbau des Breitbandes im Burgenland beziffern, würde man 38 Mio. Euro aufwenden müssen. Diese hohen Kosten beziehen sich nicht nur auf die technischen Investitionen, sondern beruhen auch auf Baukosten zur Verlegung. Überdurchschnittlich kostenintensiv ist dabei die Versorgung von Streusiedlungen. Daher ist es sehr wichtig, in der nächsten Förderperiode 2014+, Geld von der Bundesregierung für einen weiteren Ausbau zu lukrieren. Das Land wird die nächsten 7 Jahre in Summe zwischen 5-7 Mio. Euro für den Ausbau des Breitbandes im Burgenland aufwenden.

Ich denke, dass der flächendeckende Ausbau von Breitbandinternet eine essentielle Voraussetzung für das „Überleben“ des ländlichen Raums darstellt, da sonst – noch mehr als bisher – Abwanderung in die Ballungsräume einsetzen wird. Daher sind alle Kräfte gefordert, hier die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen, um so rasch wie möglich diesen Ausbau im Burgenland zu gewährleisten.

Mir bleibt nur abschließend, mich für die gute Zusammenarbeit und Ihre geleistete Arbeit 2013 zu bedanken. Ich wünsche allen GemeindevertreterInnen ein schönes, ruhiges Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2014!

## Leitfaden für Fairness am Arbeitsmarkt

Im Oktober dieses Jahres wurde vom GVV Burgenland der „Bau auf Burgenland-Vergabeleitfaden“ präsentiert. Mit Hilfe dieses neuen Leitfadens wird den Gemeinden ein Instrument zur Hand gegeben, mit dem sie, einfach und rechtlich wasserdicht, die Bestimmungen des Lohn- und Sozialdumpingbekämpfungsgesetzes bei Vergaben einhalten können. Der Leitfaden enthält außerdem eine Reihe von Musterformularen, die auch auf CD-ROM mitgeliefert werden, sodass die Bearbeitung in den Gemeindestuben via PC einfach möglich ist. Der Leitfaden kann im GVV Shop [www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at) online bestellt werden und wird vom GVV Büro dann per Post zugestellt. Der Vergabeleitfaden kostet für GVV-Mitgliedsgemeinden 25 Euro, für alle anderen 50 Euro.



Für faire Vergaben sowie faire Arbeitsbedingungen und Löhne: GVV Präsident LAbg. Bgm. Erich Trummer mit Dr. Hannes Jarolim, Mag. Sabine Meister und AK-Vorstandsmitglied GPA-djp Landesvorsitzenden Christian Dvorak

GVV-Präsident Trummer fordert die ÖVP auf, „den Weg für ein Mehr an Kontrolle und Sicherheit bei den kommunalen Finanzen frei zu machen“. Der Meinungsschwenk von Landeshauptmannstellvertreter Steindl sei zwar zu begrüßen, jedoch sei eine Einschränkung der Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auf Gemeinden über 3.000 Einwohner sachlich durch nichts zu begründen.

Foto: GVV



## Trummer: „Die Blockade der ÖVP schadet den Gemeinden“ Prüfung der Kommunen durch LRH ist ein Gebot der Stunde

**D**er GVV Burgenland spricht sich einmal mehr dafür aus, dass zukünftig die burgenländischen Gemeinden von der Prüfungstätigkeit des LRH erfasst werden sollen. Als eine Konsequenz aus der österreichweit geführten Debatte um die Finanzen der Gemeinden will der GVV Burgenland, dass dem Burgenländischen LRH künftig die Kompetenz übertragen wird, alle Gemeinden prüfen zu können.

„Wir honorieren die Arbeit der Gemeindeabteilung des Landes sehr, aber angesichts der Tatsache, dass mittlerweile zehn burgenländische Gemeinden eine negative Finanzspitze haben, ist es ein Gebot der Stunde, eine Ausweitung der Prüfkompetenzen des LRH auf die Kommunen zu beschließen. Ich bin überzeugt, dass eine solche Prüfkompetenz vor allem präventive Wirkung hätte, d.h. wir arbeiten hier zukunftsorientiert“, betont GVV-Präsident Erich Trummer.

### *LRH-Prüfkompetenz bereits in mehreren Bundesländern*

Gemeinden müssten sich auf ein verlässliches Prüf- und Kontrollnetz stützen können. Das könne der LRH übernehmen und so mehr Kapazitäten in der Gemeindeabteilung des Landes freilegen, „damit diese die Kommunen auch unterstützen kann“, so Trummer. Mehrere Bundesländer hätten ihren Rechnungshöfen bereits eine solche Prüfkompetenz für den kommunalen Bereich gegeben. Aus Sicht des GVV Burgenland sei es nur konsequent, dass das Burgenland nun ebenfalls diesen Schritt setzt.

Seit 2010 können die Länder selbst entscheiden, ob die LRH im kommunalen Bereich tätig werden können oder nicht. Was fehlt, ist der Konsens mit der burgenländischen ÖVP. Für die Umsetzung auf

Landesebene ist eine 2/3-Mehrheit notwendig.

### *Trummer: „Steindl muss den Glaubwürdigkeitstest antreten“*

Verwundert zeigt sich Trummer über den „Vorschlag“ von ÖVP-Gemeindereferent Steindl, Initiativprüfungen des Landesrechnungshofes für Gemeinden ab 3.000 Einwohnern zu ermöglichen. Der GVV und die SPÖ fordern seit Jahren eine Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes für den gesamten kommunalen Bereich. Das sei bisher an der Total-Blockade der Steindl-ÖVP gescheitert. Auf nochmaligem Druck des GVV habe die ÖVP nun „einen ersten Schritt in die richtige Richtung gesetzt“, so Trummer, der eine Einschränkung auf Gemeinden über 3.000 Einwohner sachlich durch nichts zu begründen findet. „Der Landesrechnungshof soll selbst entscheiden, wo und wie er initiativ prüft.“

**Klartext !****2014: Einsatz für die Probleme in den Gemeinden**

GVV-Präsident  
LAbg. Erich Trummer

**Geschätzte BürgermeisterInnen und Vize-BürgermeisterInnen!  
Liebe GemeindevertreterInnen!  
Sehr geehrte Damen und Herren!**

Im Februar 2013 erhielt ich von unserer Verbandsversammlung den hohen Auftrag, die Nachfolge von Bürgermeister Ernst Schmid als Präsident des GVV Burgenland anzutreten. Ich habe mich seither gemeinsam mit meinem Team im GVV bemüht, den erfolgreichen Weg des GVV der letzten Jahre weiterzugehen, aber auch neuen Schwung und neue Ideen einzubringen.

Ich denke, dass wir in der Rückschau auf dieses ereignisreiche Jahr 2013 eine wirklich gute Bilanz ziehen können. Wir haben eine Reihe wichtiger Gesetzesvorhaben für unsere Gemeinden zum Abschluss bringen können. Ich hoffe, dass wir mit Initiativen, wie beispielsweise „Energiepreissenkung Energie Burgenland“ sowie „Photovoltaikförderung für Gemeindeprojekte“ und „Hochwasserschutz-Vorfinanzierungsunterstützung“ durch LH Hans Niessl, unseren Gemeinden etwas unter die Arme greifen konnten. Außerdem haben wir im Rahmen unserer Arbeit im Österreichischen Gemeindebund die ungerechte Verteilung der Ertragsanteile – das sogenannte WEST-OST Gefälle beim FAG – zu einem Hauptthema im Österreichischen Gemeindebund gemacht. Wir werden jedenfalls weiter mit voller Kraft für mehr Finanzmittel für unsere benachteiligten Gemeinden kämpfen! Optisch am auffälligsten ist natürlich unser neuer Außenauftritt mit dem neuen 3D Logo des Verbandes, der neuen Homepage und den vielen neuen Produkten im GVV-Shop.

Ein Kernstück unserer Arbeit im GVV der letzten Wochen und Monate ist auch die Ankurbelung der regionalen und lokalen Wirtschaft im Land. Wir als Gemeindevertreter haben die Verantwortung und auch Möglichkeiten, heimische Betriebe zu fördern und damit Arbeitsplätze im Land abzusichern. Dazu besonders wichtig ist unser neuer Vergabe-Leitfaden im Rahmen der Initiative „Bau auf Burgenland“, mit dem dem unfairen Verdrängungswettbewerb am Arbeitsmarkt verstärkt entgegengewirkt werden kann. Denn gerade die regionale Vergabe von Bauaufträgen und Dienstleistungen spielt in unseren Kommunen eine zentrale und wichtige Rolle. Mit unserem Vergabeleitfaden, den Vergaberechtsschulungen und der Telefonhotline für eine juristische Vergabeberatung sowie den entsprechenden Mustergemeinderatsbeschlüssen haben wir ein gewichtiges „Paket“ zur Unterstützung unserer Gemeinden geschnürt. Dazu haben wir uns in den letzten Jahren auch erfolgreich für eine Anhebung der Schwellenwerte für Direktvergaben eingesetzt und wir fordern weiterhin, dass diese Regelung unbefristet fortgesetzt wird. Insgesamt soll damit ein wichtiger Beitrag der Kommunen gegen die steigende Arbeitslosigkeit geleistet werden.

Abschließend möchte ich noch einen Ausblick auf das Jahr 2014 wagen. Wir wollen die Serviceleistungen für unsere Gemeinden, vor allem aber auch für unsere vielen engagierten Funktionärinnen und Funktionäre weiter ausbauen. Wir wollen auch verstärkt Schulungsmaßnahmen anbieten und wir haben im Juni 2014 die große Herausforderung den „Österreichischen Gemeindetag“ in Oberwart zu bewältigen.

**Die zentrale Aufgabe für das kommende Jahr sehe ich aber darin, sich den Problemen und Anliegen in den Gemeinden und von den GemeindevertreterInnen zu widmen, diese zu bündeln sowie bestmöglich und lösungsorientiert bei den zuständigen Ansprechpartner zu vertreten.**

Von ganzem Herzen darf ich mich bei Ihnen für Ihr Vertrauen in unseren Verband und für Ihre großartige Arbeit für die Gemeinden bedanken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familienmitgliedern ein frohes Weihnachtsfest, ein erfolgreiches neues Jahr und viel Gesundheit und Kraft für 2014.



Die Neue Mittelschule in Siegendorf wurde saniert und ausgebaut. Die Nutzfläche der Schule ist um rund 700 Quadratmeter gewachsen; das betrifft sowohl den Unterrichtsbereich als auch den Arbeitsbereich für die Pädagoginnen und Pädagogen. Im Zuge der Arbeiten wurde auch der Turnsaal runderneuert und die Energieversorgung für die NMS sowie für die angrenzende Volksschule neu konzipiert: LH Hans Niessl in der neuen Heizzentrale der Schule mit Bürgermeister Mag. Rainer Porics, Schulwart Jochen Schimetics und dem Baumeister Ing. Josef Lörincz. Foto: LMS

## Kommunen sind wichtigster Investor Gemeinden als Investitionsmotor stärken

**S**PÖ-Kommunalsprecher und GVV-Präsident Erich Trummer will die Gemeinden als Investitionsmotoren weiter aufwerten. Trummer: „Der GVV-Vorstoß zur Anhebung der Schwellenwerte im Bereich des Bundesvergabegesetzes wurde bereits 2009 vom Bundeskanzler umgesetzt und hat sich als Konjunkturspritze auf kommunaler Ebene bewährt. Wir wollen nun, dass diese Maßnahme – die ja immer bis Jahresende befristet ist – unbefristet fortgesetzt wird!“

Die Kommunen des Landes sind der wichtigste öffentliche Investor und tragen erheblich zum Wirtschaftswachstum bei. Trummer: „Die Gemeinden müssen rasch und unbürokratisch Investitionen tätigen können. Es hat sich gezeigt, dass die Investitionen der Gemeinden für das regionale Bau- und Baunebengewerbe von großer Bedeutung sind. Diese Maßnahme kostet praktisch nichts und hat sich in der Praxis bewährt. Wir fordern daher die unbefristete Fortsetzung der derzeitigen Schwellenwerte-Verordnung!“

### Vorsteuerabzugsberechtigung bei öffentlichen Bauten gefordert

Außerdem tritt der SPÖ-Kommunalsprecher – gemeinsam mit SPÖ-Klubobmann

Christian Illedits – für die Wiedereinführung der Vorsteuerabzugsberechtigung bei öffentlichen Bauten ein. „Durch den Entfall des Vorsteuerabzuges verteuern sich Investitionen der Gebietskörperschaften um ein Fünftel. Durch diese Regelung entstehen den Gemeinden Mehrkosten von zumindest 100 Millionen Euro – zulasten der öffentlichen Investitionen. Das ist gerade in Zeiten der schwächelnden Konjunktur kontraproduktiv“, so Trummer. In der Vergangenheit haben Gemeinden Immobilien von ausgegliederten Rechtsträgern errichten lassen und in der Folge wieder angemietet. Dadurch konnte ein Vorsteuerabzug geltend gemacht werden. Davon betroffen waren etwa Schulen, Kindergärten, Heime, aber auch Gebäude für Sport und Musikvereine. Das ist nach derzeitiger Rechtslage nicht mehr möglich! Trummer: „Mit dem Wegfall der Vorsteuerabzugsberechtigung für die KGs in den Gemeinden hat man die burgenländischen Kommunen hart getroffen. Hier wäre mehr Verständnis für die Kommunen gefragt gewesen. Als GVV fordern wir vehement, dass man die Vorsteuer bei öffentlichen Gebäuden wieder abziehen darf, um so die kommunale Investitionstätigkeit wieder zu stimulieren und damit lokal und regional Arbeitsplätze zu sichern.“

## ZPR & ZSR: Aufschub

Die geplante Zusammenführung des Zentralen Personenstands- (ZPR) und des Staatsbürgerschaftsregisters (ZSR) wird auf 1. November 2014 verschoben. Die Migration und Zusammenführung der bestehenden elektronischen Daten als Grundlage und Unterstützung für die Nutzung dieser Register hat sich als offenbar zu große Herausforderung erwiesen. Von Seiten der Gemeindevertreter wurde mehrmals darauf hingewiesen, dass das System für den Praxisbetrieb vollständig ausgereift sein muss und die Mitarbeiter in den Standesämtern ausreichend geschult werden müssen.

## Umsatzsteuer ändern

Auf Zustimmung des GVV stößt die Forderung des Österreichische Gemeindebundes an die Spitzen von SPÖ und ÖVP die hierzulande unnötig streng gefasste Umsatzsteuer für Gemeindekooperationen zu korrigieren und damit dem Beispiel Deutschlands zu folgen. Dort haben sich CDU, CSU und SPD im Zuge des Koalitionsvertrages darauf geeinigt, interkommunale Zusammenarbeit steuerlich nicht behindern zu wollen. Deutschland will sich auch auf europäischer Ebene für eine umfassende Freistellung solcher Leistungen von der Umsatzsteuer einsetzen.

## Kanalgesetze novelliert

Anfang 2014 treten die Novellen zum Kanalabgabegesetz und zum Kanalanschlussgesetz in Kraft. Dazu wird ein Leitfaden mit Zusammenfassung der Burgenländischen Kanalgesetze samt Erläuterungen und Musterbescheiden vorbereitet.

Wichtig: Egal, ob die Gebühren neu festgesetzt wurden oder nicht, sind neue Abgabenverordnungen nach dem neuen Gesetz zu erlassen. Deshalb muss aber nicht eigens eine GR-Sitzung einberufen werden, es reicht, die nächst geplante dazu zu nutzen. Bei der Berechnung des Anschlussbeitrages ist zukünftig jene Berechnungsfläche zu Grunde zu legen, die zum Stichtag 30.09. des jeweiligen Jahres der Verordnungserlassung bzw. des Vorjahres tatsächlich vorhanden ist.





Ziehen bei der Aus- und Weiterbildung für Mitarbeiter im öffentlichen und landesnahen Bereich an einem Strang: GVV-Präsident Erich Trummer, die Vorsitzende des Burgenländischen Städtebundes Ingrid Salomon und die Politspitzen des Landes LH-Stv. Mag. Franz Steindl und LH Hans Niessl Foto: LMS

## Startschuss für die „Akademie Burgenland“ Aus- und Weiterbildung wird auf völlig neue Beine gestellt

**L**and, Gemeinden und landesnahe Betriebe organisieren die Ausbildung der MitarbeiterInnen künftig über die neue „Akademie Burgenland“.

Mit der neu gegründeten „Akademie Burgenland GmbH“, einer 100%-Tochtergesellschaft der Fachhochschule Burgenland mit Sitz in Eisenstadt, wird die Aus- und Weiterbildung des landesnahen, öffentlichen Bereichs für rund 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf völlig neue Beine gestellt. In Kooperation mit dem Land Burgenland, den Gemeindevertreterverbänden sowie weiteren Landesunternehmungen, wie der Energie Burgenland und der KRAGES, startet ein breites Seminar- und Ausbildungsprogramm.

Die Zielsetzungen dieser neuen Ausbildungseinrichtung, die Inhalte des Seminarprogramms und die organisatorischen sowie finanziellen Eckpunkte wurden am 9. Dezember 2013 von Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl, Bgm. LAbg. Erich Trummer, Präsident des Burgenländischen Gemeindevertreterverbandes, Bgm. LAbg. Leo Radakovits, Präsident des Burgenländischen Gemeindebundes, Bgm. LAbg. Ingrid Salomon, Vorsitzende des Burgenländischen Städtebundes, und Mag.a (FH) Bettina Frank, Geschäftsführerin der Akademie Burgenland GmbH, vorgestellt.

### Ein Plus an Ausbildungsqualität

„Mehr Qualität in der Ausbildung bieten, Synergien nutzen und den Teilnehmern neue berufliche Perspektiven eröffnen“ – das sind für Landeshauptmann Hans Niessl die zentralen Zielsetzungen, die diese neue Aus- und Weiterbildungseinrichtung der Fachhochschule Burgenland verfolgt. Man müsse mit der Verwendung von Superlativen stets zurückhaltend sein, meinte Niessl bei der Präsentation, im Fall der Akademie Burgenland sei aber der Ausdruck „Quantensprung“ durchaus angebracht: „Die bisherige ‚Verwaltungsschule‘ ist Geschichte, denn wir stellen die Ausbildung im gesamten öffentlichen Bereich inhaltlich, didaktisch und organisatorisch auf völlig neue Beine.“

### Vollbetrieb ab Jänner 2014 mit 40 Kursen, Trainings & Seminaren

Für den Start und das erste Halbjahr 2014 sind zunächst 40 Kurse, Trainings und Seminare vorgesehen. Eine breite Palette, die jedoch permanent weiterentwickelt werden soll. Neben Einführungsveranstaltungen und der Vermittlung von Grundlagen möchte die Akademie Burgenland einerseits aufgaben- und funktionsspezifische Lehrgänge anbieten. Darunter fallen etwa betriebswirtschaftliche Lehrgänge, Projektmanagement, ein Lehrgang für Sachverständige oder auch Sicherheits- und Risikomanagement sowie Personalmanagement. Andererseits soll das

Schulungsprogramm die Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz in besonderer Weise stärken. Mittelfristig wird mit der Fachhochschule auch ein betriebswirtschaftlich orientierter MBA-Lehrgang („Master of Business Administration“ im Bereich New Public Management) angeboten werden, der dem Einzelnen neue Möglichkeiten in der individuellen Karriereplanung eröffnet.

### Finanzierung über Landeszuschüsse und Kursbeiträge

Die Akademie ist vorerst mit drei Mitarbeiterinnen und einem Jahresbudget von rund 300.000 Euro ausgestattet. Die Kosten werden zum einen aus einem Fixkostenzuschuss seitens des Landes und zum anderen aus Kursbeiträgen abgedeckt. Die Gemeinden, die Energie Burgenland, die KRAGES und die FH Burgenland haben die Abnahme von Ausbildungskontingenten gesichert. Das Logo und der Außenauftritt wurden bewusst in „Verwandtschaft zur Fachhochschule“ gestaltet. Mit dem Zusatz „public competence“ bringt man auf den Punkt, worum es in der Akademie Burgenland geht. Besonders „Bildungshungrige“ können sich schon jetzt telefonisch zum Kursangebot informieren. Unter [www.akademie-burgenland.at](http://www.akademie-burgenland.at) wurde eine Internetseite eingerichtet. Der Vollbetrieb mit allen Angeboten des Lehr- und Seminarprogramms sowie einem einfachen Anmelde-tool startet im Jänner.



energie  
BURGENLAND

# Ich bin Energie-Gewinnerin.

Weil ich zwar gerne Gas gebe –  
aber wenig davon verbrauche.



Eine von 286.000  
Energie-GewinnerInnen.

Energie Burgenland unterstützt Sie dabei, möglichst energieeffizient zu leben und fossile Brennstoffe nur dort einzusetzen, wo es notwendig ist. Zu diesem Zweck stehen wir Ihnen mit Energiedienstleistungen, unserem Energie-Spar-Shop und nützlichen Energiespartipps hilfreich zur Seite. [www.energieburgenland.at](http://www.energieburgenland.at)



Viele Infos über die Europäische Union gibt es nun auf [www.eu-gemeinderaete.at](http://www.eu-gemeinderaete.at)

## Neue Info-Plattform

Das Regionalmanagement Burgenland (RMB) hat im Vorjahr das Projekt „EU-Gemeinderäte“ gestartet. Mehr als 140 Menschen aus 100 Gemeinden wurden dabei – in Zusammenarbeit mit dem GVV Burgenland – zu EU-Gemeinderäten ausgebildet. Jetzt haben sie eine neue Online-Plattform erhalten.

EU-Gemeinderäte sind lokale Ansprechpartner und sollen das manchmal sperrige Thema EU für die Bevölkerung greifbarer machen. 146 von ihnen gibt es im gesamten Burgenland. Die Homepage ([www.eu-gemeinderaete.at](http://www.eu-gemeinderaete.at)) soll nicht nur dem internen Austausch der EU-Gemeinderäte dienen, sondern auch als Informationsquelle für alle interessierten Bürger. Neben Ankündigungen von Veranstaltungen finden sich auch Artikel und Meinungen der Projektteilnehmer auf der Homepage, die seit Anfang Dezember online ist. Hervorgegangen sind die EU-Gemeinderäte aus einem Projekt des Regionalmanagement Burgenland. Nach einer Basisschulung zu EU-Themen und einer Bildungsexkursion nach Brüssel arbeiten sie nun ehrenamtlich als Ansprechpartner in den Gemeinden und wollen so die Idee des gemeinsamen Europa vorantreiben.

## Gemeindebezügegesetz

Der Burgenländische Landtag hat das Burgenländische Gemeindebezügegesetz (Bgld. GBG) nochmals geändert. Für Kalendermonate vor dem 1. Juli 2012 sind die Anrechnungsbeträge für die Bürgermeister, die die Gemeinden an den jeweils zuständigen Pensionsversicherungsträger zu leisten haben, bis zum 31.03.2014 zu entrichten. Das heißt, die Beiträge, die bis zum 30.06.2012 anfallen, müssen nicht erst beim Ausscheiden des Bürgermeisters auf einmal an den Pensionsversicherungsträger überwiesen werden, sondern bereits bis zum 31.03.2014.

## Winterdienst: Servicepaket nach Maß

Mit Jänner 2013 hat das Land Burgenland die bestehende FMB Facility Management Burgenland GmbH strategisch neu ausgerichtet. In Zukunft sollen sämtliche Landes- und landesnahen Immobilien, sowohl im technischen Facility Management, als auch im infrastrukturellen Facility Management von der FMB betreut werden. Darüber hinaus sieht sich die FMB auch als kompetenter Partner für Kommunen bzw. für das Management aller öffentlicher Gebäude im Burgenland.

Die einzelnen Dienstleistungen der FMB, die auch den burgenländischen Gemeinden als besonderes Service angeboten werden, betreffen insbesondere die klassische Gebäudereinigung, die Grünraumpflege und vor allem auch den Winterdienst. Aufgrund der Winterdienstanalyse, die der GVV mit Unterstützung der Gemeinden in den letzten Monaten durchgeführt hat, gibt es eine strategische Kooperation zwischen dem

GVV und der FMB, um den Gemeinden ein neues, maßgeschneidertes Winterdienst-servicepaket mit budgetärer Planungssicherheit anbieten zu können.

### Bedarfsgerechtes und unverbindliches Angebot

Auf Wunsch legt die FMB, Bereichsverantwortlicher ist Markus Westhoff, ein bedarfsgerechtes, unverbindliches Angebot. Für einen entsprechenden Vergleich mit bestehenden Winterdienstkosten müssen interessierte Gemeinden den gewünschten Leistungsumfang samt Straßennetzlänge ihrer Gemeinde der FMB bekannt geben. Individuellen Voraussetzungen – z.B. bereits vorhandene Geräte, usw. – werden natürlich berücksichtigt, um ein attraktives Winterdienstangebot samt entsprechender Haftungsübernahme anbieten zu können.

Unverbindliches Angebotsgespräch: Dietmar Schmitl, Tel. 05 9010/0



Der Winter stellt die Gemeinden oft vor große Herausforderungen

Foto: FF Neudörfel



Ausbildung zum Windkraft-Techniker am bfi in Mattersburg

Foto: LMS

## Neue Schulungsmaßnahmen für Junge

**I**m Burgenland absolvieren im Schnitt rund 2.900 Jugendliche eine Facharbeiteraus- bildung, durchschnittlich entscheiden sich pro Jahr 900 Jugendliche für eine Lehre nach ihrer Schullaufbahn. Zentraler Bestandteil bei der Facharbeiteraus- bildung im Burgenland – wie in ganz Österreich – ist die überbetriebliche Lehrausbildung – die sogenannte Ausbildungsgarantie, die es seit 1998 in Österreich gibt und neben der Schule und der Lehrausbildung in den Unternehmen ein Fixpunkt im österreichischen Bildungsangebot ist.

„Neben den sozialen Aspekten – junge Menschen brauchen einen Job und ein stabiles Fundament für ihr Erwerbsleben – ist es wichtig, dass durch die Ausbildung von Lehrlingen der Facharbeiterbedarf gedeckt wird“, erklärt Soziallandesrat Dr. Peter Rezar.

Rund 40 Prozent aller österreichischen Jugendlichen eines Jahrgangs beginnen durchschnittlich eine Facharbeiteraus- bildung; im Burgenland sind dies lediglich rund 31 Prozent, Tendenz sinkend. Die Folge: Facharbeiter fehlen allerorten. Land, AMS und die Sozialpartner for-

rieren deshalb massiv die Facharbeiteraus- bildung.

Die Ausbildungsgarantie garantiert je- dem Jugendlichen bis zum 19. Lebensjahr einen Ausbildungsplatz – egal ob Schule oder Facharbeiteraus- bildung in einem Un- ternehmen oder einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte.

Die überbetriebliche Lehrausbildung sei in den letzten Jahren im Burgenland stark ausgebaut worden, betont Rezar. Habe es 2005/06 noch 231 Ausbildungsplätze gegeben, hätten 2012/13 bereits 669 Personen Kurse nach dem Berufsausbildungsge- setz (BAG) besucht. Auch die finanziellen Aufwendungen seien seither enorm ge- stiegen: „2005/06 wurden 2,85 Millionen Euro von Land und AMS Burgenland – auch mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds – aufgewendet, 2013/14 werden es bereits 9,6 Millionen Euro sein“, so der Landesrat.

Mit fünf neuen Schulungsmaßnahmen, die mit Dezember am WIFI gestartet sind, sollen nun Jugendliche ohne geeigneten Lehrplatz und lernschwache Jugendliche berufsfit gemacht werden.

## FH: Neue Lehrgänge

**Mit Herbst 2014 starten an der FH Burgenland vier neue Studiengänge in den Bereichen Gesundheit und Soziales!**

„Gesundheit“ und „Soziales“ sind die zentralen Zukunftsthemen schlechthin und betreffen jede Bevölkerungsgruppe. Vor allem Gesundheits- und Krankenpflege sowie Physiotherapie, Soziale Arbeit und Integrierte Versorgung im Gesundheitswesen werden daher einen immer größeren Stellenwert erhalten. Deshalb entwickelte die FH Burgenland entsprechende Konzepte, um ab Herbst 2014 drei neue Bachelorstudiengänge und einen Masterstudiengang in diesen Kompetenzfeldern anbieten zu können. „Wir setzen auf echte Mega-Trends mit besten Jobaussichten“, argumentiert Wissenschaftslandesrat Helmut Bieler. Im Vollausbau werden die vier Studiengänge 315 neue Studienplätze bieten. Bund und Land investieren damit bis 2020 je zur Hälfte rund 15,2 Mio. Euro in den Ausbau des Studienangebotes.

Durch die vier neuen Studiengänge werde sichergestellt, dass die Gesundheits- und Sozialdienstleistungen im Burgenland qualitativ und quantitativ weiter ausgebaut werden, erläutert Bieler: „Daraus ergibt sich ein Vorteilsdreieck – junge Menschen erhalten ein attraktives Angebot für die Berufswahl, für die FH Burgenland entsteht ein weiteres Standbein, und für die Zukunft des Burgenlandes eine wichtige Kompetenz.“



Landesrat Helmut Bieler mit Prof. Roland Fürst, FH-Geschäftsführer Mag. Georg Pehm, Prof. Erwin Gollner (v.l.) Foto: LSM



GVV-Vorstand Erwin Preiner mit Nationalratspräsidentin Mag.a Barbara Prammer

## Starker Partner in Wien

GVV-Vorstand Erwin Preiner wurde zum neuen Kommunalsprecher des SPÖ-Nationalratsklubs gewählt. „Damit haben wir einen starken und wichtigen Vertreter für die kommunalen Anliegen im Herzen des SPÖ-Nationalratsklubs“, freut sich GVV-Präsident Erich Trummer. Erwin Preiner hat viel praktische Erfahrung im kommunalen Bereich, außerdem gehört er dem Parlament seit 2005 an, war 2009 Präsident des Bundesrates und ist seit Jahren auch im GVV Burgenland aktiv. Mit ihm habe der GVV Burgenland einen wichtigen Ansprechpartner für kommunale Angelegenheiten auf höchster Ebene, so Trummer: „Erwin Preiner hat jahrelang als erfolgreicher Bürgermeister bewiesen, dass er sein Handwerk auf kommunaler Ebene versteht und ich bin sicher, er wird unsere Anliegen auch im Nationalrat würdig und mit Nachdruck vertreten.“

## Informieren per SMS

Eine sinnvolle und kostengünstige Alternative um die Gemeindebürger zeit- und kostensparend sowie effizient zu informieren, bieten moderne Kommunikationsmittel wie E-Mail oder SMS, die längst Bestandteil des Alltags der meisten Bürger geworden sind. Auf Knopfdruck landet die richtige Information bei der entsprechenden Zielgruppe.

Wie eine technische Umsetzung aussehen kann, erfahren Interessierte auf [www.Info-Komm.at](http://www.Info-Komm.at)

# Szelinger folgt Obmann Schneemann Wechsel an der Müllverband-Spitze

**Der Stadtschlaininger Bürgermeister Mag. Markus Szelinger folgt als Obmann des Burgenländischen Müllverbandes auf Dr. Leonhard Schneemann.**

Der Burgenländische Müllverband (BMV), ein gemeindeeigener Verband, hielt seine Vollversammlung am 23.11.2013 im Kulturzentrum Mattersburg ab. Im Rahmen dieser Vollversammlung kam es auch zum Wechsel an der Spitze des BMV. Dr. Leonhard Schneemann, der sich einer neuen beruflichen Herausforderung stellt, wird als BMV-Obmann von Mag. Markus Szelinger abgelöst.

## Müllgebühren bleiben auch 2014 zum 11. Mal in Folge unverändert

Eine erfreuliche Nachricht gibt es auch für die Kunden des BMV: Die Delegierten haben bei dieser Vollversammlung beschlossen, die Müllgebühren für das Jahr 2014 unverändert zu belassen. Die burgenländischen Privathaushalte profitieren bereits seit Jahren in Form von stabilen Tarifen von den positiven Ergebnissen der burgenländischen Abfallwirtschaft. Zusätzlich zu dieser stabilen Tarifpolitik werden auch die Serviceleistungen für die burgenländischen Gemeinden weiter ausgebaut. Trotz dieser Ausweitung der Aktivitäten auf Gemeindeebene, wird es im Jahr 2014 bereits zum 11. Mal hinterein-

ander keine Erhöhung der Müllgebühren im Burgenland geben.

## Teilweise Rückerstattung der Entsorgungskosten möglich

Außerdem wurde bereits 2011 ein Modell entwickelt, das den Gemeinden eine teilweise Rückerstattung der Entsorgungskosten der Abfälle von den Abfallsammelstellen ermöglicht. Dieses Modell wurde 2012 um die Stoffgruppen Sperrmüll, Altholz und Alteisen erweitert. 2013 erfolgte eine Weiterentwicklung auf die Stoffgruppen Baum-, Strauch- und Grünschnitt. Für 2014 wurde in der Verbandsversammlung ein weiterer Ausbau der Kooperation beschlossen und damit ein Unterstützungsvolumen von mehr als einer Million Euro bereitgestellt.

Oberste Zielsetzung bleibt weiterhin die abfallwirtschaftliche und ökologische Lenkung der Abfallströme und eine Professionalisierung der Abfallsammelstellen der Gemeinden. Im Endausbau sollen die Abfallsammelstellen der Gemeinden vom BMV betrieben und die Finanzierung der Abfallentsorgung über den Mülltarif erfolgen. Schon jetzt gibt es für die Gemeinden die Möglichkeit, den Betrieb ihrer Abfallsammelstellen gänzlich an den BMV auszulagern, wovon schon viele Gemeinden Gebrauch gemacht haben.



LRin Verena Dunst, Obmann a.D. Dr. Leonhard Schneemann, BMV Obmann Mag. Markus Szelinger, LR Helmut Bieler, GVV-Präsident Erich Trummer und BMV-LGF Johann Janisch Foto: GVV

# TENNISCAMPS 2014

**WIR BRINGEN DICH IN FORM !**

\*\*\*\*\*  
**Tenniscamps  
ab € 199 .-**  
\*\*\*\*\*

DUBAI KROATIEN ÖSTERREICH SLOWENIEN SLOWAKEI SPANIEN TÜRKEI

## **Liebe Tennisfreunde!**

Nach der tollen Saison 2013 haben wir die Kapazitäten für das Jahr 2014 wieder erhöht.  
Für das kommende Jahr stehen uns 24 Hotels in 7 Ländern zur Verfügung !

**GRAND  
TOURS  
TENNISCAMPS**

➤ **Alle Termine, Hotels, Trainings- und Spezialangebote finden Sie online auf:  
[www.grandtours.at](http://www.grandtours.at) • [tennis@grandtours.at](mailto:tennis@grandtours.at) • +43 (0) 3358 2033 50**

## **Ihre Werbeagentur für Grafikdesign, Webdesign & Multimedia**

Wir unterstützen Projekte & Firmen welche für nachhaltige, zukunftsorientierte Inhalte & Produkte stehen, mit 20% Preisreduktion.

>>> Sie wollen ein Design-Beispiel sehen? – Das tun Sie gerade!  
Das Tennisinserat, sowie das gesamte Corporate Design von Grand Tours wurde von **Creationworx** konzipiert, entwickelt und umgesetzt.

### **Leistungen:**

- Logoentwicklung, Corporate Design, Geschäftsunterlagen, Broschüren, Geschäftsberichte, Flyer, etc.
- Webdesign, Konzeption, Programmierung, CMS, Web-Shop, Newsletter, Banner, etc.

**CREATION  
WORX**

*Visuelle  
Kommunikation*





## Rettungseuro 2014

Anfang Dezember wurde in einer Sitzung des Rettungsbeirates mit Vertretern des Landes, des Städtebundes Burgenland, des Gemeindebundes Burgenland, dem GVV Burgenland sowie den anerkannten Rettungsorganisationen ein „Rettungseuro 2014“ von 8,94 Euro festgelegt. Mit diesem Betrag sind der örtliche und der überörtliche Rettungsdienst und, als Teil davon, das Notarztwesen abgedeckt. Dieser Beschluss wurde vom Beirat mehrheitlich ohne die Stimmen der ÖVP gefasst. Die entsprechende Verordnung seitens des Landes muss allerdings noch erlassen werden.

Ausgehend vom derzeitigen Rettungsbeitrag von 8,30 Euro pro Einwohner und Jahr – zu zahlen vom Land und von den Gemeinden zu jeweils zu 50% – wurde aufgrund der neuen Berechnungen des KDZ ein Mehrbedarf von 0,64 Euro, davon 0,25 Euro Valorisierung, (davon 0,16 Euro örtlicher Rettungsdienst und 0,09 Euro überörtlicher Rettungsdienst) und 0,39 Euro für fünf zusätzliche Notfallsanitäter für das ganze Land bezüglich des Rettungseuro 2014 ermittelt.

## Gemeindesanitätsgesetz

Mit 1. Jänner 2014 treten wesentliche Änderungen beim Gemeindesanitätsgesetz sowie beim Leichenbeschau- und Bestattungswesengesetz in Kraft.

Unter anderem werden die Gemeinden verpflichtet, den Gemeindesanitätsdienst privatrechtsförmig, und zwar als Werkvertragsverhältnis oder als Dienstverhältnis, zu organisieren. Mindestinhalte bei den mit den Ärzten abzuschließenden Verträge sind im Gesetz geregelt. Darüber hinaus können weitere Aufgaben des öffentlichen Sanitätsdienstes vereinbart werden. Auch der Abschluss von Verträgen mit mehreren Ärztinnen oder Ärzten ist möglich. Die Änderungen im Detail können auf der Homepage der GVV nachgelesen werden ([www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)).

# Projekte für Zillingtaler von Zillingtalern Klein aber oho – Zillingtal mag Familien

**Die Gemeinde Zillingtal hat nur 926 Einwohner, trotzdem hat sie am Audit „familienfreundliche Gemeinde“ teilgenommen und wurde jetzt auch ausgezeichnet. Zillingtal – eine der zehn kleinsten Gemeinden, die heuer ausgezeichnet wurden – absolvierte das Audit trotz geringer finanzieller Mittel. Mit großem Engagement schaffte es die Gemeinde, innerhalb von drei Jahren großartige Projekte für alle Lebenslagen umzusetzen.**

Mit großer Unterstützung der Einwohner und einer nicht enden wollenden Motivation, agierte Zillingtal vorbildlich für das Audit und wurde 2013 mit dem Zertifikat in Linz ausgezeichnet. SPÖ-Bürgermeister Johann Fellingner: „Diese Auszeichnung haben wir unserer aktiven Bevölkerung zu verdanken. Nur durch die direkte Bürgerbeteiligung, die einen festen Grundstein für eine gelungene Kommunalpolitik darstellt, konnte die Gemeinde so gut arbeiten.“

Für das Audit „familienfreundliche Gemeinde“ ist es notwendig, Projekte umzusetzen, die vom Kleinkindalter bis zur Pension, alle Lebenslagen und -situationen betreffen und verbessern. „Die Lebensqualität der Zillingtaler wurde durch das Audit angehoben, die Beteiligung der Bürger an kommunalen und sozialen Projekten ist gestiegen, aber auch Jugend und Jungeltern profitieren vom Audit“, so Fellingner.

Zillingtal koppelte für die Umsetzung des Audit drei laufende Projekte: Das seit 22 Jahren laufende Projekt Dorferneuerung, die Initiative Gesundes Dorf und, vor drei

Jahren dazu gekommen, das Audit „familienfreundliche Gemeinde“. Durch diese einzigartige Zusammenarbeit konnte ein reger Ideenaustausch stattfinden und bringt den Vorteil, dass wirklich alle Maßnahmen mit der Bevölkerung abgesprochen wurden. „Die Zillingtaler haben mich mit ihrer Bereitschaft wirklich überrascht, denn diese Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Gemeinde ist verblüffend“, erzählt Fellingner.

## Projekte laufen über den Verein „Sozialnetzwerk Zillingtal“

Umgesetzt werden die Maßnahmen für die Verbesserung des sozialen Angebots vom Verein „Sozialnetzwerk Zillingtal“ gemeinsam mit der Gemeinde und werden dabei von freiwilligen Helfern tatkräftig unterstützt. „Das Sozialnetzwerk ist eine zentrale Anlaufstelle für alle Einwohner, die dringend Hilfe benötigen oder selbst welche anbieten wollen“, so Fellingner.

Über den Verein laufen die zahlreichen Projekte für eine starke Gemeinde, die auf den einzelnen schaut: Besucherdienste, Essen auf Rädern, Botendienste und Beratung sind nur einige Angebote, die für Zillingtaler von Zillingtalern während ihrer Freizeit geleistet werden. Auch andere Bürger kommen nicht zu kurz: Auf umgewidmeten Gründen neben den Wohnhausanlagen in Zillingtal, dürfen sich Hobbygärtner austoben. Für die Zillingtaler Jugend wurde ein Container bereitgestellt, der als Jugendzentrum genutzt werden kann. Die Besonderheit: Die Verwaltung, Pflege und Wartung übernehmen die Jugendlichen selbst.



*In Zillingtal wird an einem Strang gezogen: Im Gemeindegemeinschaftsraum laufen die Fäden zur Umsetzung vieler Projekte zusammen. Der Verein „Sozialnetzwerk Zillingtal“ und zahlreiche freiwillige Helfer packen mit an bei der Organisation und der Umsetzung.*



Gestochen scharfe Aufnahmen aus der Luft: Profi-Fotograf Roland Schuller lässt den Multicopter steigen um Luftaufnahmen zu schießen, wie zum Beispiel von Klängenbach (rechts) Fotos: Schuller

## Vom Multicopter ins rechte Bild gerückt

Der Fotograf Roland Schuller, auch bekannt unter dem Label „Foto im Lohnbüro“, hat sich auf Luftaufnahmen mit Multicoptern (Flugdrohnen) spezialisiert. Der Kundenstock des Fotografen reicht vom Land Burgenland bis zu vielen privaten Unternehmen. Angeboten werden professionelle Luftaufnahmen von Gemeinden und deren Infrastruktur (Straßen, Schwimmbäder, Schulen, usw.) zu einem höchst attraktiven Preis, da sich die Produktionskosten im Vergleich zu Hubschrauberaufnahmen weitaus günstiger gestalten. Die Gemeinden erhalten viele neue Möglichkeiten sich aus ganz neuen Pers-

pektiven zu präsentieren. Die Aufnahmen eignen sich aufgrund der hohen Qualität für repräsentative, dokumentarische, bis zu wissenschaftliche Zwecke.

**Genauere Infos unter 0660 760 79 28  
www.rolandschuller.at**



Professionelle Aufnahmen aus der Luft rücken jedes gewünschte Motiv ins rechte Bild – wie diese Beispiele zeigen: Wohnhaus (Bild ganz oben), die Orangerie in Eisenstadt (Foto oben und oben l.) oder Wulkaprodersdorf (links)

## Fairer Finanzausgleich

Der GVV will im nächsten Finanzausgleich mehr Mittel für die Gemeinden erkämpfen. Vom nächsten Finanzminister oder der nächsten Finanzministerin fordert der GVV mehr Geld für kommunale Investitionen bereit zu stellen und außerdem eine Angleichung der Bundesfinanzmittel zwischen Gemeinden westlicher Bundesländer und Gemeinden aus dem Burgenland. „Es zeigt sich bei der derzeitigen Verteilung, dass das frei verfügbare Geld der Kommunen für Investitionen immer weiter zurückgeht. Hier müssen wir den Hebel ansetzen. Insbesondere müssen mehr Finanzmittel für den ländlichen Raum und Abwanderungsregionen zur Verfügung gestellt werden, sonst verodet unser Land abseits der Zentralräume, denn mit den Einwohnern verlieren die Gemeinden auch wichtige Finanzmittel für Investitionen“, so GVV-Präsident Trummer.

## Breitbandoffensive

Die nächste Etappe für den Ausbau des Breitband-Internets im Burgenland ist bereits in Vorbereitung. Der Erlös aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen soll sicherstellen, dass ausreichende Bundesmittel zur Finanzierung zur Verfügung stehen. Im Burgenland soll ein Investitionsvolumen in einer Größenordnung von bis zu 7 Millionen Euro aus Bundes-, Landes- und EU-Mitteln zur Verfügung stehen. Vor allem das Süd- und das Mittelburgenland sollen von der nächsten Ausbau-Etappe profitieren. Es wird empfohlen frühzeitig etwaige Ausbauerfordernisse samt Bestandsanalyse bei RMB Burgenland anzumelden! Kontakt: Tel: 02682/704 2421 oder harald.horvath@rmb.co.at

## Feuerstättenbeschau

Der GVV hat durchgesetzt, dass die klassische Feuerbeschau abgeschafft wird. Auch die Haftung für BürgermeisterInnen fällt weg. Geplant ist, die Überprüfungszeiträume nach Risikoklassen zu staffeln. Ein- und Zweifamilienhäuser fallen generell aus der Überprüfung (außer mit Holzbefuerung – dann 12 Jahre Überprüfungszeitraum). Die Tarife gemäß Kehrtarif-Verordnung werden vom Rauchfangkehrer direkt beim Pflichtigen eingehoben (Viertelstunde 14 Euro, max. eine Stunde 28 Euro)  
Voraussichtliches Inkrafttreten: 1.7.2014

## Ehrungen Martini

Am Landesfeiertag wurden verdiente Gemeindemandatäre geehrt.



Bürgermeister Helmut Huber – Ehrenzeichen



Johann Janisch – Goldene Medaille



Vzbgm. Josef Jost – Goldene Medaille



Vzbgm. a.d. Kurt Konrath – Verdienstkrenz



Bgm. a.d. Josef Frippus – Ehrenzeichen



LH Niessl mit KO Illedits und MEP Jörg Leichtfried

Foto: SPÖ

## EU: Finanzrahmen beschlossen Fördermittel für Burgenland abgesichert

**M**it dem am 19. November erfolgten Beschluss des Mehrjährigen Finanzrahmens und dem folgenden Beschluss des Unterkapitals „Kohäsionspolitik“ im EU-Parlament ist der Förderstatus des Burgenlandes als „Übergangsregion“ in der Periode 2014-2020 abgesichert.

„Das Burgenland ist seinem Ziel, für die nächste Förderperiode ein Maximum an EU-Mitteln herauszuholen, einen großen Schritt näher gekommen“, zeigen sich Landeshauptmann Hans Niessl und sein Vertreter im EU-Ausschuss der Regionen, Klubobmann Christian Illedits, erfreut. Entgegen der ursprünglichen Verhandlungsbasis von rund 50 Millionen Euro sei es gelungen, die für das Burgenland vorgesehenen Mittel auf 73,6 Millionen Euro zu erhöhen. „Damit verfügen wir über die Grundlage, um den wirtschaftlichen Aufholprozess des Burgenlandes fortzusetzen“, so LH Niessl. „Unser langjähriger Einsatz trägt nun Früchte“, ist Klubobmann Illedits zuversichtlich. „Es war nicht einfach, den Widerstand einiger konservativ regierter EU-Mitgliedsstaaten gegen ausreichende Bud-

getmittel für Regionalförderungen zu überwinden“, ergänzt Illedits: „Das Burgenland hat aber wirkungsvolles Lobbying betrieben – und anderem mit einer gemeinsamen Deklaration von 16 betroffenen europäischen Regionen. Auch die österreichischen Sozialdemokraten im EU-Parlament rund um Jörg Leichtfried waren ein wichtiger Partner.“

### EU-Förderungen wichtig im Kampf gegen die Wirtschaftskrise

„Die EU-Regionalförderung ist eines der wichtigsten Instrumente, um die anhaltende Konjunkturkrise durch gezielte Investitionen zu überwinden“, ist LH Niessl überzeugt. Das Burgenland habe die Vorbereitung für die neue Förderperiode 2014-2020 bereits weitgehend abgeschlossen, so der Landeshauptmann: „Wir haben ein Förderprogramm erarbeitet, mit dem wir vor allem bei Forschung und Entwicklung, Innovation und bei der Wettbewerbsstärkung der Klein- und Mittelbetriebe kräftige Impulse setzen werden. Damit werden wir vor allem die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze weiter ankurbeln.“

## Grenzüberschreitender Verkehr: Megatrucks erhitzen die Gemüter

**B**ei der Aussprache im Transportausschuss des Europäischen Parlaments zeigten sich klare Bruchlinien zwischen den Fraktionen im Hinblick auf die Zulassung von Megatrucks im grenzüberschreitenden Verkehr.

Der Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zur Festlegung der höchstzulässigen Abmessungen für bestimmte Straßenfahrzeuge im innerstaatlichen und grenzüberschreitenden Verkehr sowie zur Festlegung der höchstzulässigen Gewichte im grenzüberschreitenden Verkehr enthält neben Bestimmungen zur Erhöhung der allgemeinen Verkehrssicherheit auch den umstrittenen Vorschlag, Gigaliner mit einer Länge von 25 Metern und einem Gewicht von bis zu 60 Tonnen im grenzüberschreitenden Verkehr zuzulassen. Die Entscheidung über die tatsächliche Zulassung dieser LKW liegt bei jedem einzelnen Mitgliedstaat, „Sandwichstaaten“ dürften aber dennoch unter Druck geraten, wenn Gigaliner in den angrenzenden Staaten erlaubt sind.

Während der österreichische Berichterstatter Jörg Leichtfried (SPE) gegen die grenzüberschreitende Zulassung dieser LKW auftritt und mit der zu befürchtenden zunehmenden Verlagerung von der Schiene auf die Straße argumentiert, sprechen sich

Teile der EVP sowie die Liberalen dafür aus. Sozialdemokraten und Grüne sind klar dagegen, die EVP ist gespalten. Während der finnische EVP-Schattenberichterstatter eine Lanze für Megatrucks brach, warnen andere vor negativen Konsequenzen für Straßennutzer und Verkehrssicherheit.

Bis 5. Dezember konnten Änderungsanträge eingebracht werden. Die Abstimmung im Ausschuss soll im Februar, die Verabschiedung im Plenum im April erfolgen. Somit soll sichergestellt werden, dass das Dossier noch vor den Europawahlen Ende Mai abgeschlossen werden kann.



Der Vorschlag der EU-Kommission Gigaliner im grenzüberschreitenden Verkehr zuzulassen stößt auf Widerstand

## 960 Milliarden für die Jahre 2014-2020

Am 19. November stimmte das Europäische Parlament dem Kompromiss über den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014-2020 im Plenum zu. Damit steht nun fest, dass die EU in den nächsten sieben Jahren über 960 Mrd. Euro verfügen wird, der EU-Haushalt somit um 3,5% im Vergleich zur laufenden Periode gekürzt wurde. Die größten Haushaltsbrocken sind nach wie vor Regional- und Agrarpolitik mit einem Anteil von gemeinsam fast 72% der Mittel. Die Mittel für Forschung und Technik werden auf über 13% aufgestockt, die Europäische Jugendgarantie eingeführt.

Weiterhin außerhalb des regulären Haushalts geführt werden der Solidaritätsfonds und der Globalisierungsfonds, das Parlament stimmte im Übrigen auch dem Nachtragshaushalt 9/2013 zu, der Hochwasserhilfen

aus dem Solidaritätsfonds für Österreich, Deutschland und Tschechien vorsieht.

Zu Einigungen kam es auch über die EU-Regionalpolitik sowie den Landwirtschaftshaushalt und das Forschungsprogramm Horizon 2020. Für die Regionalpolitik stehen nun insgesamt 325 Milliarden Euro zur Verfügung, davon 1,114 Milliarden Euro für Österreich. Ein hoher zweistelliger Millionenbetrag der österreichischen Mittel sind für das Burgenland reserviert, über 800 Millionen Euro fließen in die übrigen Bundesländer. Für territoriale Zusammenarbeit sind 226 Mio. Euro vorgesehen.

Das Bürgerschaftsprogramm, unter welches die Gemeindeparterschaftsförderung fällt, ist mit knapp 186 Mio. Euro dotiert und tritt mit 1.1.2014 in Kraft.



### EU-Kommission veröffentlicht Arbeitsprogramm

Die EU-Kommission veröffentlichte Ende Oktober ihr Arbeitsprogramm für 2014. Da die gesetzgeberische Tätigkeit aufgrund der EU-Wahlen zwischenzeitlich zum Stillstand kommen wird, enthält das Arbeitsprogramm nur 29 neue Initiativen. 26 vorrangige Initiativen, die sich bereits im Gesetzgebungsprozess befinden, sollen 2014 abgeschlossen werden. Dazu gehören u.a. das Vergabepaket, die Richtlinie über E-Rechnungen bei öffentlichen Aufträgen sowie das Datenschutzpaket. Bei den neuen Initiativen ist v.a. auf den Bereich Ressourceneffizienz und Abfall zu verweisen, die Zielwerte der Abfallrahmenrichtlinie, Deponierichtlinie und Verpackungsrichtlinie sollen überarbeitet werden.

### Italienische Gemeinden suchen Partner in Österreich

Die zwischen Gardasee und Mailand gelegene italienische Gemeinde Tradate sucht eine Partnergemeinde in Österreich. Die Partnergemeinde sollte ähnliche Interessen und eine ähnliche Größe haben. Tradate selbst ist aktiv in den Bereichen Kultur, Theater, Geschichte, Handwerk aber auch Umwelt- und Naturschutz und zählt ca. 18.000 Einwohner. Nähere Informationen: Giorgio Colombo unter folgender Emailadresse: [tradatecultura@libero.it](mailto:tradatecultura@libero.it)

Auch die in der Nähe von Genua gelegene kleine Gemeinde Mele (Comune di Mele) sucht eine Partnergemeinde in Österreich. Interessengebiete sind u.a. ländliche Entwicklung, Stärkung der örtlichen Wirtschaft sowie Bildung und Jugend. Ansprechpartner in Mele: Ferrando Mirco unter [mirco.ferrando@comune.mele.ge.it](mailto:mirco.ferrando@comune.mele.ge.it)



**15 Jahre Rote Nasen im Spital der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt:** Am 2. Dezember feierten das Spital und die Rote Nasen Clowndoctors die langjährige Partnerschaft gemeinsam mit LR Dr. Peter Rezar im Rahmen einer Jubiläumsvisite. Seit 1998 sind die Rote Nasen Clowndoctors im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Eisenstadt unterwegs. Sie haben seither 767 Visiten absolviert und über 23.000 Kinder zum Lachen gebracht. Im Bild v.l.: Prim. Dr. Hans Peter Wagentristl (Vorstand der Kinderabteilung), Patientin Sabine, Eva Müllner als Clowndoktorin Dr. Edeltraud von Kalawatzi, Direktor Horst Jany, Patientin Krisztina, DGKS Sabine Franta (Stationsleitung Kinderabteilung), Martin Beck als Clowndoktor Dr. Igor Schlawinsky und LR Dr. Peter Rezar. Foto: LMS



## Rüstzeug für Gemeindegarbeit

In allen burgenländischen Gemeinden stehen Ende des Jahres wichtige Entscheidungen in Sachen Budget an. Die Kommunalpolitische Akademie KOPAK (eine Kooperation zwischen Sozialdemokratischem Gemeindevertreterverband Burgenland und Renner Institut Burgenland) hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte optimal auf diese Aufgabe vorzubereiten. Das berichten SPÖ-Landesgeschäftsführer LAbg. Robert Hergovich und GVV-Präsident LAbg. Erich Trummer: „Die Akademie bietet Seminare zum Thema ‚Rechnungsabschluss und Voranschlag‘ für alle burgenländischen Bezirke an und gibt damit den Startschuss zu einer neuen Seminarreihe zum Thema Gemeindegewirtschaft.“

Für Anfang 2014 sind weitere Schulungen zu Themen der Gemeindegewirtschaft u.a. zum Prüfungsausschuss geplant, kündigen Trummer und Hergovich an. Foto: GVV

## I M P R E S S U M

### Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvvgld.at](http://www.gvvgld.at)

**Redaktion:** GVV Burgenland

**Druck:** DANEK Grafik + Repro + Druck  
 Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein  
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**